

# Nichtregierungsorganisationen in den Gebieten unter Kontrolle der »Autonomen Verwaltung Nord- und Ostsyriens«

Arbeitsschwerpunkte,  
Herausforderungen, Defizite

Siamend Hajo, Jelena Kolar & Eva Savelsberg

**2023**  
September

Europäisches Zentrum für Kurdische Studien  
European Center for Kurdish Studies



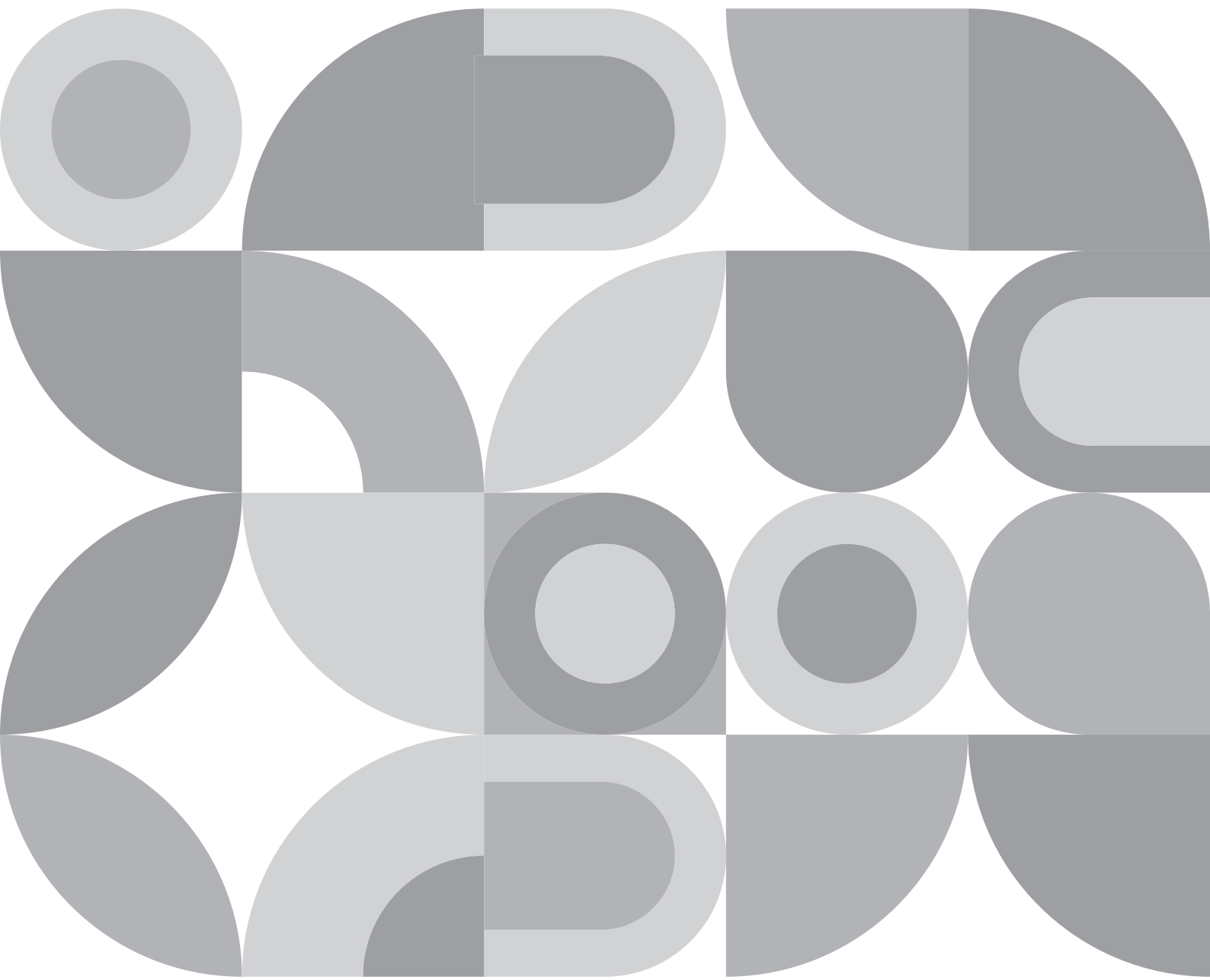
# Nichtregierungsorganisationen in den Gebieten unter Kontrolle der »Autonomen Verwaltung Nord- und Ostsyriens«

Arbeitsschwerpunkte,  
Herausforderungen, Defizite

Siamend Hajo, Jelena Kolar & Eva Savelsberg

**2023**  
September

Europäisches Zentrum für Kurdische Studien  
European Center for Kurdish Studies



# Nichtregierungsorganisationen in den Gebieten unter Kontrolle der »Autonomen Verwaltung Nord- und Ostsyriens«

von Siamend Hajo, Jelena Kolar & Eva Savelsberg

Die Existenz zahlreicher Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Syrien ist relativ neu. Vor Beginn der syrischen Revolution 2011 gab es neben nichtregistrierten und somit illegalen Organisationen ausschließlich regierungsnahen NGOs. Seither hat die zivilgesellschaftliche Landschaft in Syrien, abhängig von Zeit und Ort, verschiedene Phasen durchlaufen.<sup>1</sup>

Die vorliegende Untersuchung beschäftigt sich mit der Situation zivilgesellschaftlicher Organisationen im Frühjahr 2023 in den Gebieten unter Kontrolle der »Autonomen Verwaltung Nord- und Ostsyriens«. Obgleich die Verwaltung von der Partei der Demokratischen Union (PYD), der Schwesterpartei der türkischkurdischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), dominiert wird, handelt es sich bei den von ihr verwalteten Gebieten nicht allein um überwiegend kurdisch besiedelte Regionen. Vielmehr gehören die arabischen Regionen um Deir ez-Zor und Ar-Raqqa, die überwiegend arabische Region um die Stadt al-Hasaka, die – vor der syrischen Revolution – überwiegend kurdische Dschazira mit den Städten 'Amuda, Dirbêsî (Ad-Darabasiya) und Serê Kaniyê (Ra's al-'Ain) sowie Qamischlo (Al-Qamischli), Tirbepî (Al-Qahtaniya) und Dêrik (Al-Malikiya), sowie die bis heute überwiegend kurdisch besiedelte Region um Kobanî ('Ain al'Arab) zu dieser Region. Die, jedenfalls vor der syrischen Revolution, ebenfalls überwiegend kurdischen Gebiete um Serê Kaniyê (Ras al-'Ayn) und die Region 'Afrin gehören hingegen nicht zur Autonomen Verwaltung Nord- und Ostsyriens, sondern werden von der Türkei kontrolliert.

Ausgangspunkt unserer Recherche war eine Liste mit NGOs, die das Europäische Zentrum für Kurdische Studien (EZKS) im Frühjahr 2023 über Kontakte zur Autonomen Selbstverwaltung Nord- und Ostsyrien erhalten hatte. Es handelte sich um insgesamt 415 im Oktober 2022 bei der Selbstverwaltung registrierte NGOs. Der überwiegende Teil, 336 Organisationen, waren lokale, 70 internationale Organisationen, bei einigen wenigen fehlte die diesbezügliche Angabe. 284 Registrierungen waren aktiv, 33 in Bearbeitung, 93 abgelaufen und 3 beendet. Es handelte sich um Organisationen, die sowohl im humanitären als auch im sozialen Bereich arbeiten. Nicht aufgeführt in der Liste waren Medienorganisationen.

Wir haben sämtlichen NGOs über WhatsApp einen Onlinefragebogen mit insgesamt 23 Fragen zugeschickt. Insgesamt ging es um vier Themengebiete: a) die inhaltlichen Schwerpunkte der Arbeit der NGOs, b) ihre Finanzierung, c) ihre internen Strukturen und d) die Schwierigkeiten, mit denen sie bei der Projektimplementierung konfrontiert sind. Die meisten Fragen waren geschlossene Fragen, wobei zum Teil die Möglichkeit bestand, eigene Angaben zu machen. Insgesamt 113 Organisationen beteiligten sich an der Umfrage. Da 16 von ihnen in den vergangenen beiden Jahren (2021/2022) keinerlei Projekte implementiert hatten (insgesamt 14 Prozent) war der Fragebogen im Anschluss an diese Frage für sie beendet. Es blieben somit 97 NGOs, die den Fragebogen beantwortet haben – wobei diese die Möglichkeit hatten, auch Fragen auszulassen.

Zur Ergänzung der quantitativen Studie haben wir im August 2023 fünf halbstrukturierte Expert:inneninterviews durchgeführt: Mit einem/einer Medienschaffenden (M1), drei leiten-

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu die verschiedenen Studien zur Entwicklung von NGOs in Syrien zwischen 2015 und 2021, die von der Organisation Impact veröffentlicht wurden, einzusehen unter <https://impactres.org/mapping-civil-society-actors/>.

den Mitarbeiter:innen von zwei kleineren und einer größeren lokalen NGO (N1, N2 und N3) sowie mit einem/einer Vertreter:in der Verwaltung (V1). Alle Interviewpartner:innen stammen aus den (ehemals) überwiegend kurdischen Regionen. Die Expert:inneninterviews konzentrierten sich vor allem darauf, mit welchen Herausforderungen NGOs in Nord- und Ostsyrien bei der Implementierung ihrer Projekte konfrontiert sind und wie sie die Vorgaben durch die Verwaltung beurteilen.

Hier soll zunächst dargestellt werden, in welchen Regionen und zu welchen Themen die Organisationen, die an der Befragung teilgenommen haben, schwerpunktmäßig arbeiten und wer ihre jeweiligen Zielgruppen sind. In einem zweiten Schritt werden die Schwierigkeiten analysiert, mit denen sie bei ihrer Arbeit konfrontiert sind. Schließlich sollen erste Schlüsse gezogen werden, wie internationale Geldgeber:innen diese Schwierigkeiten adressieren können.

### Wer arbeitet wo und für wen: ein erster Überblick

Wie bereits erwähnt, haben insgesamt 97 NGOs, die in den Jahren 2021 und/oder 2022 aktiv waren, an unserer Umfrage teilgenommen. Wir gehen davon aus, dass auf unseren Fragebogen tendenziell die eher aktiveren NGOs geantwortet haben, d.h., dass unter den NGOs, die nicht reagiert haben, verhältnismäßig mehr Organisationen sind, die in den vergangenen beiden Jahren keine Projekte implementiert haben. Für eine relativ große Anzahl registrierter aber faktisch inaktiver NGOs sprechen auch die Aussagen der von uns interviewten Expert:innen:

»Lokale NGOs bekommen wenig Mittel. Viele existieren nur auf dem Papier« (M1)

»Viele von ihnen [den NGOs] haben ihre Arbeit eingestellt. Weil sie diese Probleme mit der Verwaltung hatten und auch keine Projektgelder bekommen haben.« (N1)

»Es gab sogar mal 500 registrierte Organisationen. Aktiv und effektiv arbeiten um die 10 Organisationen. Es sind nicht 20 Organisationen. Ich rede jetzt von denen, die in den kurdischen Regionen arbeiten.« (N2)

»Wer sich zivilgesellschaftlich engagieren will, muss sich registrieren lassen. Viele wollen bereit sein, sie haben nicht unbedingt Projekte in Aussicht in dem Moment, in dem sie sich registrieren lassen.« (N3)

Diese Aussagen wurden von dem/der von uns befragten Verwaltungsangestellten bestätigt:

»In der Dschazira gibt es kleine Projekte bzw. die meisten [NGOs] haben keine Projekte. Die großen Projekte gehen nach Raqqa und Deir ez-Zor. In der Dschazira bekommen die Organisationen schwer Projekte. In der Dschazira arbeiten von den 300 [registrierten Organisationen] höchstens 100.«

Diese Aussage führt uns zu der Frage, in welchen Regionen die von uns befragten NGOs überwiegend tätig waren (Mehrfachnennungen waren möglich). Hier ergab sich folgendes Bild: 33 Nennungen entfielen auf Ar-Raqqa und Umland, 32 Nennungen auf Deir ez-Zor und Umland, 23 Nennungen auf Qamischlo (Al-Qamischli), Tirbepî (Al-Qahtaniya), Dêrik (Al-Malikiya) und Umland, 10 Nennungen auf Al-Hasaka-Stadt und Umland, 9 Nennungen auf 'Amuda, Dirbêsî (Ad-Darbasiya) und Serê Kaniyê (Ra's al-'Ain) und Umland, 5 Nennungen auf Aleppo und Umland (einige wenige Gebiete stehen hier noch unter Kontrolle der PYD) sowie 2 Nennungen auf Tabqa (nahe Ar-Raqqa).

Dass es in Ar-Raqqa und Deir ez-Zor deutlich mehr NGOs bzw. Projekte gibt bzw. die

»großen Projekte« in diese Regionen gehen, dürfte nicht zuletzt damit zusammenhängen, dass internationale Geldgeber:innen dort früher aktiv geworden sind als in den überwiegend kurdischen Gebieten. Nach der Befreiung der Regionen vom Islamischen Staat (IS) im Herbst 2017 hoffte man, dessen Strukturen nachhaltiger zu zerschlagen, wenn der dort lebenden Bevölkerung bessere soziale und sonstige Dienstleistungen zur Verfügung stünden. Insbesondere für die USA war und ist die Bekämpfung des IS der einzige Grund, sich in Syrien mittelfristig zu engagieren. Die Tatsache, dass es sowohl in Ar-Raqqa als auch in Deir ez-Zor zu kriegerischen Auseinandersetzungen gekommen ist, mit den entsprechenden Folgen für die Infrastruktur, ließ Maßnahmen im Bereich Wiederaufbau zudem dringlicher erscheinen als in der Region Dschazira, wo dies nicht der Fall gewesen ist.

Auf die Frage nach den Bereichen, in denen sie hauptsächlich aktiv sind, gaben die NGOs die folgenden Felder an (Mehrfachnennungen waren möglich): Frieden und Gerechtigkeit (45 Nennungen), gefolgt von Wirtschaftswachstum sowie Bildung und berufliche Fortbildung (je 40 Nennungen), Gleichberechtigung der Geschlechter und Gesundheitsversorgung (je 38 Nennungen), Klimaschutz (36 Nennungen), Ernährungssicherheit (31 Nennungen), Armutsbekämpfung (30 Nennungen), nachhaltige Städte und Gemeinden (29 Nennungen), Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung (26 Nennungen), erneuerbare Energien (16 Nennungen), Innovation und Infrastruktur (15 Nennungen), Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung (7 Nennungen) sowie Sonstige (24 Nennungen).

Es fällt auf, dass klassische humanitäre Felder wie Gesundheitsversorgung, Ernährungssicherheit, Armutsbekämpfung sowie Innovation und Infrastruktur von wesentlicher Bedeutung sind. Dies passt zu den Angaben eines/einer unserer Interviewpartner:innen (N3), dass seit dem Lieferstopp von Hilfsgütern der UN über den Grenzübergang Bab al-Hawa im Juli 2023 der Druck steige, sich im Bereich humanitäre Hilfe zu engagieren. Statt sich um die Förderung von Frauen und Jugendlichen zu kümmern oder über eine zukünftige syrische Verfassung zu diskutieren, werde auf Seiten der Bevölkerung immer häufiger die Forderung nach humanitärem Engagement laut. Leider lässt die Studie keinen Rückschluss darauf zu, ob es hier regionale Verknüpfungen gibt – ob beispielsweise in Ar-Raqqa und Deir ez-Zor die klassischen humanitären Themen (noch) eine größere Rolle spielen als in den kurdischen Gebieten. Gleichzeitig ist deutlich, dass Themen wie Gleichberechtigung und Klimaschutz im weitesten Sinne ebenfalls wichtige Themen sind – dies fällt vor allem im Vergleich zu den Schwerpunktthemen syrischkurdischer Parteien auf, für die diese Themen kaum eine Rolle spielen. NGOs bringen hier offensichtlich neue Schwerpunkte in die Region und übernehmen Aufgaben, die von den klassischen politischen Akteur:innen nicht oder kaum bedient werden.

Zielgruppen der NGOs sind neben der »gesamten Gemeinschaft« (64 Nennungen) vor allem Jugendliche und junge Erwachsene (51 Nennungen), Frauen (47 Nennungen), Kinder (28 Nennungen) IDPs (32 Nennungen) und Menschen mit besonderen Bedürfnissen (8 Nennungen), Mehrfachnennungen waren möglich. Die Nennungen entsprechen insofern den Erwartungen, als Jugendliche, Frauen und Kinder oft Zielgruppe sozialer Projekte sind.

Diejenigen NGOs, die angaben, dass bestimmte ethnische Gruppen bzw. bestimmte religiöse Gruppen von ihren Aktivitäten in besonderer Weise profitieren, nannten Araber:innen (56 Nennungen), Kurd:innen (28 Nennungen), Turkmen:innen (22 Nennungen) und Assyrer:innen (21 Nennungen) bzw. Muslim:innen (47 Nennungen), Christ:innen (30 Nennungen) und Yezid:innen (28 Nennungen). Mehrfachnennungen waren möglich.

Da im Rahmen der Umfrage nicht die Möglichkeit besteht, die Angaben zu ethnischen und religiösen Gruppen ins Verhältnis zu setzen zu den Regionen, in denen die Projekte durch-

geführt wurden, sind die Daten nur bedingt aussagefähig, was eine eventuelle Bevorzugung bestimmter Gruppierungen anbelangt. Gleichzeitig fällt auf, dass die kleinen ethnischen Minderheiten der Region (Assyrer:innen und Turkmen:innen) deutlich überrepräsentiert sind, insbesondere, wenn man sie mit der größeren Minderheit der Kurd:innen vergleicht. Dasselbe gilt für die Yezid:innen im Vergleich zu Christ:innen und Muslim:innen. Es bedarf hier noch weiterer Recherche – aktuell vermuten wir, dass Internationale Geldgeber:innen sowie die Communities der jeweiligen Gruppen in der Diaspora ein besonderes Interesse an der Förderung von Projekten für diese kleinen Minderheiten haben. Insbesondere nach dem Überfall des Islamischen Staates auf yezidisch besiedelte Gebiete im Irak im Jahr 2014 und der Verschleppung und Ermordung tausender yezidischer Frauen und Mädchen haben sich vor allem in Irakisch-Kurdistan in den darauffolgenden Jahren zahlreiche Hilfsprojekte für diese Gruppe etabliert. Möglicherweise handelt es sich hier um einen ähnlichen Prozess – wobei die beschriebene Fokussierung auf Yezid:innen aufgrund der geringen Zahl von Angehörigen dieser Religionsgemeinschaft dennoch verwundert.

### **Herausforderungen der Arbeit von NGOs**

Im Folgenden soll es darum gehen, in welchen Bereichen die befragten NGOs die größten Probleme bei der Umsetzung ihrer Projekte sehen. Genannt wurde Unterfinanzierung (41 Nennungen), fehlende Finanzmittel (12 Nennungen), rechtliche und administrative Vorgaben (11 Nennungen), Infrastruktur (11 Nennungen), Einstellung geeigneten Personals (9 Nennungen) sowie Sicherheit (6 Nennungen). Mehrfachnennungen waren auch hier möglich.

#### **Unterfinanzierung respektive fehlende Finanzierung**

Die größte Herausforderung ist demzufolge die Finanzierung von Projekten, d.h. Unterfinanzierung bzw. fehlende Finanzierung. Alle anderen Kategorien haben ähnliche Nennungen, mit einem kleinen Einbruch bei der Kategorie »Sicherheit«. Die von uns befragten Expert:innen bestätigen die Schwierigkeiten lokaler/nationaler Organisationen, ausreichende Finanzmittel einzuwerben:

»Es gibt zwar viele registrierte Organisationen aber nicht alle haben Geld für ihre Projekte bekommen. Die wenigsten haben es und deshalb existieren sie nur auf dem Papier.« (N2)

Sie verweisen darauf, dass viele Projekte nur über sehr kurze Laufzeiten finanziert werden, etwa über sechs Monate. Nach Projektende kommt es häufig vor, dass Finanzierungslücken entstehen und Mitarbeiter:innen entlassen werden müssen. Um derartige Engpässe zu überbrücken, würden Projekte sogenannte »Rücklagen« bilden – indem sie gegenüber den Geldgeber:innen höhere Ausgaben für Löhne, Dienstleistungen sowie Sachgütern geltend machen als tatsächlich anfallen.

Ein weiteres Problem im Bereich Finanzierung hängt nach Einschätzung eine:r unserer Interviewpartner:innen damit zusammen, dass zu wenig von den Projektgeldern in der Region selbst ankommt:

»Eine internationale Organisation bekommt z.B. eine Million Dollar, und z.B. in Qamischlo kommen nicht mal 200.000 US-Dollar an. Der Projektleiter ist ein Amerikaner, der in den Vereinigten Staaten lebt. Er bekommt z.B. 25.000 Dollar monatlich. Er hat zwei Stellvertreter und jeder bekommt 10.000 US-Dollar monatlich. Mietkosten haben sie dort und nach Qamischlo kommen vielleicht höchstens 200.000 US-Dollar. Auch in Qamischlo gibt es ein Büro und Mitarbeiter usw. Wie

man sieht, geht das meiste Geld in die Bürokratie und nicht für das Projekt drauf. Das glaube ich ist der Hauptgrund, wieso die NGOs nicht so effektiv sind. Obwohl einiges an Geld zu Verfügung steht.«

Der/die Interviewpartner:in schätzte diesen Sachverhalt allerdings nicht als spezifisches Problem der Region, sondern als allgemeine Problematik in der Entwicklungshilfe ein.

### **Mangel an qualifizierten Mitarbeiter:innen**

Ein weiteres Problem bei der Implementierung von Projekten, das in der quantitativen Studie genannt wird, ist die Schwierigkeit, qualifizierte Mitarbeiter:innen zu finden. Dabei hängt diese Schwierigkeit nicht mit der Art der Ausschreibungen durch die NGOs zusammen, sie bedienen sich der üblichen Methoden:

- Stellenausschreibungen via Social Media (Facebook, LinkedIn, Instagram)
- Anschlägen in den Räumlichkeiten der Organisation und in den lokalen Behörden sowie Veröffentlichung der Anzeigen auf offiziellen Websites und Jobportalen
- Spezifische interne Verfahren, bei denen die anfordernde Abteilung eine Bewerbung bei der Personalabteilung einreicht und diese sie intern oder extern schaltet
- Einige Organisationen gaben an, keine Stellenanzeigen zu veröffentlichen, da sie derzeit keine offenen Stellen haben oder ihre Arbeit von Freiwilligen durchgeführt wird

Die von uns durchgeführten Expert:inneninterviews weisen darauf hin, dass der Mangel an qualifiziertem Personal zumindest indirekt mit der Finanzierung der lokalen/nationalen NGOs zusammenhängt bzw. mit der Konkurrenz durch internationale NGOs:

»Ich habe ein großes Problem mit den internationalen Organisationen. Sie erschweren uns extrem unsere Arbeit. So bezahlen sie zum Teil 1.500 Dollar an Gehältern. Wir haben nicht viel Geld und für die Gehälter, die wir zahlen können, wollen [die Menschen] nicht bei uns arbeiten. [...] Wir [bilden sie] aus und nach sechs Monaten verlieren wir die Leute an die internationalen Organisationen, weil sie ihnen 1.000 bis 2.000 Dollar [monatlich] bezahlen. Ist uns ein paar Mal passiert. Wir finden ein gutes Team und kaum haben sie sechs Monate gearbeitet verlassen sie uns z. B. Richtung Raqqa.« (N2)

»Große NGOs zahlen mehr Geld, es ist schwierig, gute Leute über einen längeren Zeitraum zu halten. Sie lernen bei den lokalen NGOs und gehen dann zu den internationalen NGOs.« (N3)

Inwieweit die Gehälter, die lokale NGOs zahlen, ausreichend sind, um den Lebensunterhalt der Mitarbeiter:innen zu bestreiten, wurde von unseren Gesprächspartner:innen unterschiedlich eingeschätzt. Während M1 200 bis 400 USD für vollkommen ausreichend hielt, war N3 der Meinung, dass 400 bis 500 USD angesichts der erheblich gestiegenen Lebenshaltungskosten deutlich zu wenig sei. Zu bedenken ist auch, dass selbst die Gehälter, die von lokalen NGOs gezahlt werden, deutlich höher sind als diejenigen, die die Selbstverwaltung zahlt. So betrug das Gehalt eines Universitätsprofessors bis August 2023 nur um die 100 USD. Die Abwanderung guter Mitarbeiter:innen von lokalen zu internationalen NGOs dürfte so in ähnlicher Weise von der Selbstverwaltung Richtung lokale NGOs stattfinden. Ab 1. September 2023 hat die Selbstverwaltung sämtliche Gehälter verdoppelt (dafür aber die Subventionen für Benzin abgeschafft) – ausschlaggebend dürfte hierfür allerdings weniger der Weggang von Mitarbei-

ter:innen sein als möglicherweise die in den druzischen Gebieten aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten ausgebrochenen Unruhen.

### **Administrative Vorgaben der Selbstverwaltung**

Ein weiteres in der quantitativen Umfrage genanntes Problem waren die Komplexität der rechtlichen und administrativen Verfahren und die Regelungen der Selbstverwaltung.

Ein:e Mitarbeiter:in der Selbstverwaltung stellte den Registrierungsprozess wie folgt dar: Seit 2019 muss die Registrierung einer NGO, unabhängig davon, wo sie ihren Hauptsitz hat, persönlich in Ar-Raqqa erfolgen. Es sind die Namen und Adressen der Gründungsmitglieder, die Satzung der Organisation und das Gründungsprotokoll einzureichen. Die Erstregistrierung erfolgt zunächst für sechs Monate, dann für ein Jahr und schließlich für zwei Jahre. Auch die Verlängerungen sind persönlich in Ar-Raqqa vorzunehmen. Die zentrale Registrierung ist insofern neu, als zuvor eine Registrierung in den einzelnen Regionen von Nord- und Ostsyrien möglich war. Es gab entsprechende Büros in den Regionen Furat, Schahba, Kobanî, Ar-Raqqa, Deir ez-Zor, und Dschazira. Allerdings konnten dort nur Genehmigungen für Aktivitäten in der jeweiligen Region beantragt werden, während die Registrierung in Ar-Raqqa für alle Regionen gilt.

Nichtsdestotrotz muss zusätzlich zu der zentralen Registrierung der Organisation auch jedes einzelne Projekt registriert werden, und zwar in der Region, in der es umgesetzt werden soll. Weiterhin muss jede einzelne Aktivität eines Projekts genehmigt werden. V1 begründete diese Maßnahmen zum einen mit der Sicherheitslage in der Region, zum zweiten damit, dass die Selbstverwaltung prüfen müsse, ob die Organisationen tatsächlich ihre Arbeit so durchführen wie vorgesehen:

»Ich habe gesagt, dass für die Organisation eine Registrierung nötig ist. Dann für jedes Projekt und dann auch für jede Aktivität. Sie [die NGOs] müssen sich eine Genehmigung für jede Aktion holen. Du willst z.B. eine Tagung machen. In dieser Region ist die Sicherheitslage nicht stabil. Du brauchst vielleicht Schutz. Also brauchen wir auch eine Erlaubnis vom Sicherheitsdienst. Es geht einmal um die Sicherheit. Dann wollen wir wissen, ob die Organisation wirklich die im Projekt beschriebenen Tätigkeiten durchführt. Du hast z.B. in deine Projektbeschreibung geschrieben, du willst sieben Workshops machen. Hast du die wirklich gemacht? Wir bekommen für jeden Workshop schriftlich einen Antrag und wir stimmen dem zu. Manchmal bis zum nächsten Tag und manchmal bekommen sie die Genehmigung auch sofort. Eigentlich muss ein Antrag schriftlich mit Stempel und Unterschrift vorliegen.« (V1)

Zusätzlich zur Anmeldung von Aktivitäten mit Publikumsverkehr sind sämtliche Personen anzugeben, die an der Aktivität teilnehmen werden. Bei Workshops sind beispielsweise sämtliche Personen vorab anzugeben, die zu dem Workshop eingeladen wurden. Dies wird mit der Notwendigkeit begründet, Chancengleichheit zu gewährleisten. Tatsächlich mischt sich die Verwaltung hier aber in Angelegenheiten ein, die allenfalls die Geldgeber:innen zu interessieren hätten:

»Es gibt Organisationen, die immer dieselben Leute einladen. Sie sollen auch andere nehmen. Wir sagen den Organisationen, dass sie auch andere einladen müssen. Oder eine Person wird von verschiedenen Organisationen immer wieder eingeladen. Sie soll auch anderen die Gelegenheit geben.« (V1)



Zudem wird darauf verwiesen, dass sichergestellt werden muss, dass nur berechtigte Personen an den Veranstaltungen teilnehmen:

»Wir machen das, weil wir es kontrollieren wollen und wissen wollen, wer alles kommt. Wir können es nicht mit Deutschland vergleichen. Hier ist die Sicherheitslage nicht vergleichbar. Wenn etwas in Saal passiert, müssen wir wissen, wer im Saal war. Wir geben ihnen die Genehmigung, also müssen wir auch wissen, wer teilnimmt. [...] Zweitens: [es könnten] bestimmte Medienvertreter da sein, die nicht erwünscht sind. So hat z.B. Rudaw seine Registrierung verloren. Es ist ein Problem, wenn z.B. jemand von Rudaw teilnimmt. Oder es gibt Parteien, die bei uns nicht registriert sind. Wir erlauben nicht, dass sie teilnehmen. Sie können als Privatpersonen teilnehmen, aber nicht als Vertreter ihrer Partei. Das ist die Wahrheit.« (V1)

Zusätzlich zu den Auskünften, die die NGOs der Verwaltung im Vorfeld liefern müssen, werden die Veranstaltungen auch vor Ort überprüft und ggf. untersagt:

»Es ist passiert, dass [eine Organisation] große Veranstaltungen mit zweihundert Leuten gemacht hat und uns gesagt hat, dass auch einige zur Opposition gehören. Wir haben es [manchmal] zugelassen, und ein anderes Mal haben wir ihnen verboten eine Veranstaltung zu machen. Es kommt gerade auf die politische Situation an. Wir nehmen auch teil und sobald wir feststellen, dass etwas nicht passend ist, greifen wir ein. Oder ein Thema ist angemeldet und es wird über etwas anderes diskutiert. Dann greifen wir ein und stoppen.« (V1)

Die Ausführungen machen deutlich, dass die Selbstverwaltung sämtliche Aktivitäten von NGOs eng kontrolliert – um sicherzustellen, dass nichtregistrierte Parteien nicht an Aktivitäten wie Fortbildungen o.ä. teilnehmen können, bzw. dass nichtregistrierte Medien nicht über diese Aktivitäten berichten.

Schließlich nimmt die Verwaltung auch Einfluss auf die Ergebnisse von Umfragen und Studien. So heißt es in Artikel 12 des aktuellen Gesetzes zu humanitären Organisationen vom September 2023:

»Den zugelassenen Vereinen und Organisationen wird nach diesem Gesetz folgendes untersagt:

[...] 5. Veröffentlichung der Ergebnisse von Meinungsumfragen, ohne diese vorher der zuständigen Behörde für Organisationsangelegenheiten zur Korrektheits- und Neutralitätsprüfung vorzulegen. [...]«

Zusätzlich zur Kontrolle bereits existenter Projekte nimmt die Selbstverwaltung bereits im Vorfeld der Beantragung von Projekten Einfluss auf deren Ausgestaltung.

»Zuerst machen wir eine Bestandaufnahme, was die Verwaltung braucht. Zum Beispiel sagt ein Rathaus, dies fehlt uns und unser Budget reicht nicht dafür. Diese Wünsche der Verwaltung werden den Organisationen mitgeteilt. Das machen wir, bevor sie ihre Anträge bei ihren Geldgebern stellen. [...] Wir haben fertige Projekte, die wir ihnen geben. Wir haben alle drei Monate Sitzungen mit den Organisationen. Z. B. macht eine Organisation landwirtschaftliche Projekte. Wir geben ihnen landwirtschaftliche Projekte und fragen, ob sie diese umsetzen können.« (V1)

V1 betonte, dass die Organisationen nicht gezwungen werden, die Projekte umzusetzen – gleichzeitig liegt nahe, dass bei regelmäßiger Nachfrage derjenigen Stelle, die für die Geneh-

migung und Kontrolle der Aktivitäten einer Organisation verantwortlich ist, die Bereitschaft steigt, hier Entgegenkommen zu zeigen. Dies wird auch deutlich, wenn V1 erwähnt, dass Organisationen zum Teil selbst zur Verwaltung kommen und fragen, was diese benötigt:

»Aber sehr oft kommt [Organisation X] zu uns und fragt, was wir wollen. Wir sagen, dieses Komitee oder jene Verwaltungseinheit hat einen Bedarf. Sie gehen zu ihnen und dann machen sie etwas gemeinsam bzw. unterstützen diese Einheit der Verwaltung. Sie bauen ihre Projekte dann nach dem Bedarf der Verwaltung.« (V1)

Einerseits ist es sinnvoll, Projekte mit Institutionen vor Ort zu konzipieren, dadurch erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass sie Bedürfnisse der Menschen befriedigt. Gleichzeitig ist die Einflussnahme noch vor Projektkonzeption und -einreichung eine weitere Möglichkeit, Einfluss zu nehmen und insbesondere sicherzustellen, dass bestimmte, politisch unliebsame Personen, Gruppen, Organisationen oder Verwaltungseinheiten nicht von Unterstützung durch NGOs profitieren.

Hier stellt sich die Frage, inwieweit 1. die skizzierten Regelungen auf gleiche Weise für alle NGOs gelten bzw. wie 2. die einzelnen NGOs mit den Restriktionen von Seiten der Selbstverwaltung umgehen.

Unsere Expert:inneninterviews weisen darauf hin, dass die Umsetzung der Regelungen nicht einheitlich für alle NGOs erfolgt: So erklärte uns der/die Mitarbeiter:in einer eher kleineren NGO:

»Wir haben wegen der Registrierung viele Probleme gehabt. Seit einem Jahr warten wir auf eine Registrierung. Wir haben ihnen gesagt, dass sie uns weder finanziell noch in einer anderen Weise unterstützen und jetzt mit der Registrierung machen sie auch noch unsere Arbeit unmöglich. Jetzt haben sie versprochen, dass wir für sechs Monate eine Registrierung bekommen werden.« (N1)

Nicht nur die Registrierung als solche kann zu Schwierigkeiten führen, sondern auch die Anmeldung konkreter Aktivitäten stellt sich z.T. als aufwendig dar:

»Du musst dir erst einmal dort, wo du registriert bist, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung holen. Mit dieser Unbedenklichkeitsbescheinigung gehst du zu der Zweigstelle der [Behörde für] Organisationsangelegenheiten, [wo] du die Aktion durchführen willst. Und wenn sie zustimmen, kannst du die Aktivität durchführen.« (N1)

Auch über die formalisierten Unbedenklichkeitsbescheinigungen hinaus können weitere Genehmigungen eingefordert werden, wie die folgende Episode beschreibt:

»Ich erzähle dir jetzt von einer Aktion, damit du siehst, wie problematisch das ist. Letztes Jahr wollten wir an einigen Schulen Bäume pflanzen. Wir sind zum Büro für Organisationsangelegenheiten. Hier haben wir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung bekommen. Die haben uns gesagt, dass wir [außerdem] eine Genehmigung vom Ministerium für Erziehung brauchen. Dort haben sie beim ersten Mal gesagt, wir können nichts machen, da die Zuständigen in einer Sitzung sind. Am nächsten Tag hieß es, heute hat der Führer [Öcalan] Geburtstag und es gibt Demonstrationen und niemand ist da. Am nächsten Tag waren sie wieder in einer Sitzung. Irgendwann haben wir die Unterschrift bekommen. Sie sagten, wir bräuchten zusätzlich eine Genehmigung des Ministeriums für Höhere Bildung. Dann hieß es, ihr müsst auch eine Genehmigung der Sicherheit bekommen. Vier, fünf Tage waren

wir zu zweit damit beschäftigt, die Genehmigung zu bekommen, damit wir ein paar Bäume einpflanzen konnten.« (N1)

Der/die Mitarbeiter:in einer größeren lokalen NGO, die seit vielen Jahren in der Region tätig ist und über eine Partnerorganisation im europäischen Ausland verfügt, stellte die Herausforderungen als weniger schwierig dar. N3 verwies selbst darauf, dass es leichter sei, Unbedenklichkeitsbescheinigungen für Aktivitäten zu bekommen, wenn man eine größere Organisation sei und über feste Büros an verschiedenen Orten im Nordosten Syriens verfüge, da dann bei der Beantragung von Aktivitäten nur eine Behörde aufgesucht werden müsse, und nicht zwei. Weiterhin sei es hilfreich, über Strukturen im Ausland zu verfügen, da man von Seiten der Selbstverwaltung respektvoller behandelt werde, wenn man »aus Europa anrufe«. Seine/ihre Organisation habe zudem nur wenig Schwierigkeiten, da sie viele Projekte gemeinsam mit Institutionen der Selbstverwaltung durchführen. Gute Beziehungen zu den Behörden der Selbstverwaltung seien auf jeden Fall hilfreich. Seine/ihre Organisation könne inzwischen Aktivitäten über WhatsApp genehmigen lassen und müsse sich nicht mehr vor Ort in die Büros der Selbstverwaltung begeben. Insgesamt herrsche bei der Genehmigung von Aktivitäten eine gewisse Willkür.

Letzteres wird durch eine:n andere:n Interviewpartner:in bestätigt:

»Nicht alle wollen [die Namen von Teilnehmer:innen an Veranstaltungen] immer haben. Es kommt auf den Mitarbeiter im Büro an. Wobei Qamischlo immer alle Namen vorab haben will.« (N2)

Unser:e Interviewpartner:in aus dem Bereich Medien drückte es wie folgt aus:

»Wenn man Leute kennt und das Wissen hat, ist es einfach, eine NGO zu registrieren.« (M1)

Werden die Einschränkungen durch die Verwaltung von den NGOs als solche wahrgenommen bzw. wie werden sie beurteilt? Der/die Mitarbeiter:in einer der beiden kleinen NGOs äußerte sich wie folgt zu den »roten Linien« bei der Arbeit von NGOs:

»Du musst dich innerhalb ihrer politischen Linie bewegen und du darfst ihre Politik nicht zu sehr kritisieren. Die Verwaltung durch eine [einzige] Partei darfst du nicht erwähnen und ihre Ideologie darfst du nicht zum Thema haben. Der Führer ist ein absolutes Tabu. So wird es z.B. keine NGO je wagen, die Ideologie von Öcalan als Thema in einem Seminar zu behandeln. Wenn das passiert, ist es aus mit der Organisation.« (N1)

Dieselben Restriktionen würden auch für Medien gelten:

»Wir haben über NGOs gesprochen, die im Bereich Öffentlichkeitsarbeit arbeiten. Sie können absolut nicht frei arbeiten. Über viele wichtige Themen können sie nicht berichten. Sie müssen sich der Politik und Ideologie der Verwaltung unterordnen. Z.B. haben jetzt wichtige Ereignisse in Deir ez-Zor stattgefunden. [XY, ein wichtiges Presseorgan], das viel Unterstützung [aus dem Ausland] bekommt, hat darüber nicht berichtet, weil die Verwaltung es nicht will.« (N1)

Der/die von uns interviewte Medienschafter:in äußerte sich ähnlich: Es gebe rote Linien, die Partei und der Führer dürften nicht hinterfragt werden. Gleichzeitig rechtfertigte er/sie diese Praxis damit, dass auch die Bevölkerung eine kritische Berichterstattung in diesem Bereich nicht wolle. Bestimmte Dinge kämen nicht gut an in der Gesellschaft und fänden keine Akzeptanz, deshalb könne man auf sie verzichten. Es gehe darum, ein Programm für die Community

zu gestalten, nicht, eine Agenda zu verfolgen. Sein/ihr Medium habe nur einmal Probleme mit der Verwaltung gehabt, um 2013, als sie den Begriff »Schahid«, Märtyrer, nicht für die im Kampf getöteten Kämpfer:innen der PYD bzw. der PKK verwenden wollten. Aus ihrer Sicht handelte es sich nicht um einen professionellen Begriff. Da aber sowohl die PYD als auch irakischkurdische Organisationen diesen Begriff verwendeten und er auch in der Bevölkerung akzeptiert sei, habe man sich schließlich entschieden, ihn auch zu nutzen. (M1)

In dem Interview wird deutlich, dass freie politische Berichterstattung in den unter der Selbstverwaltung stehenden Gebieten nicht möglich ist – gerechtfertigt wird dies damit, dass es sich hierbei nicht um ein wirkliches Problem handele, da freie Medien kein Bedürfnis der Bevölkerung seien.

Der/die von uns interviewte Mitarbeiter:in einer größeren NGO kritisierte einerseits die Bürokratie der Selbstverwaltung insofern, als man nie wisse, was komme, und dass es insbesondere bei der Umstellung von bestimmten Prozessen immer wieder Probleme gebe. Gleichzeitig verwies er/sie auf Verbesserungen in den vergangenen Jahren. So sei es früher notwendig gewesen, die Einstellung der Hauptbeschäftigten des Vereins, etwa Programmmanager und Finanzverantwortliche, von der Selbstverwaltung genehmigen zu lassen – dies sei nicht mehr erforderlich. Auch sei es früher nicht gestattet gewesen, an Feiertagen Veranstaltungen durchzuführen, weil dann niemand von der Selbstverwaltung im Dienst sei, um die Veranstaltungen zu kontrollieren. Auch diese Regelung sei inzwischen geändert worden. Unser/e Interviewpartner:in beschrieb zudem, dass die Abgesandten der Verwaltung, die ihre Seminare kontrollieren sollen, häufig junge Menschen und begeistert von den Veranstaltungen seien. Sie würden darum bitten, am Workshop aktiv teilnehmen zu dürfen – und darüber, so der Subtext, ihre Kontrollfunktion vergessen. (N3) Einmal davon abgesehen, dass die Organisation der befragten Person als NGO mit sehr guten Kontakten vergleichsweise wenig Probleme mit der Verwaltung hat, entsteht der Eindruck, dass die de facto existierenden Einschränkungen eher heruntergespielt werden bzw. bereits so weit verinnerlicht wurden, dass sie als normal empfunden werden.

### **Korruption**

Die von uns interviewten Expert:innen bezeichneten Korruption ohne Ausnahme als existent und schwerwiegend. Im Gegensatz dazu wird in der quantitativen Studie Korruption nicht als Problem bei der Umsetzung von Projekten genannt. Dies dürfte allerdings nicht daran liegen, dass die befragten NGOs keine Erfahrungen mit dem Phänomen als solchem gemacht haben, sondern damit, dass Korruption nicht explizit als Antwortmöglichkeit zur Verfügung stand. Vorgegeben waren allein die Kategorien Fehlende Finanzierung, Rekrutierung qualifizierter Mitarbeiter:innen, Gesetzliche/administrative Vorgaben/Regelungen, Sicherheit, Infrastruktur vor Ort und andere. Die Expert:innen hingegen wurden explizit zu Korruption befragt.

So erklärte der/die interviewte Medienschaffende:

»Gelder verschwinden und gelangen nicht zu den Menschen, die Geldgeber sind weit weg, können nicht kontrollieren und nehmen es in Kauf.« (M1)

Der/die Mitarbeiter:in einer kleinen NGO äußerte sich wie folgt zu Korruption:

»Es gibt Korruption. Das stimmt. Korruption begehen vor allem die Verwaltung und die Menschen, die die NGOs führen. Sehr oft wird z.B. behauptet, es gibt 10 Mitarbeiter und jeder bekommt laut Vertrag 1.500 US-Dollar. Mit dem Mitarbeiter gibt es aber eine Vereinbarung, dass er nur 500 Dollar bekommen wird. Er oder sie

unterschreibt, dass er 1.500 Dollar erhalten hat, hat aber in Wirklichkeit nur 500 bekommen. Eine Frau, die ehrenamtlich bei einem unserer Projekte mitgemacht hat, meinte, sie hätte immer unterschrieben, dass sie 1.200 Dollar erhält und bekommen hat sie monatlich 100 Dollar. Sie hat bei einem Radiosender gearbeitet. Bei den Gehältern wird viel betrogen und auch bei der Anschaffung von Sachen. Mit dem Verkäufer einigt man sich, dass eine viel höhere Summe auf die Quittung eingetragen wird, als es tatsächlich kostet.«

Die Unterschlagung von Geldern durch die Angabe überhöhter Gehälter wird von dem/der Mitarbeiter:in einer zweiten NGO bestätigt:

»Es gibt Korruption. Du hast z.B. ein Projekt von [einem Geldgeber]. [Dem] hast du gesagt, du bezahlst den Mitarbeitern 1.000 Dollar und du hast in Wirklichkeit dem Mitarbeiter 200 oder 300 Dollar gegeben. Früher gab es das viel mehr. Quittungen werden gefälscht. Sehr oft einigen sich die NGO und der Verkäufer und sie bekommen Quittungen mit viel höheren Preisen als tatsächlich bezahlt wurde.« (N2)

Auch der/die dritte von uns befragte NGO-Mitarbeiter:in bestätigte die Unterschlagung von Geldern durch falsche Angaben zu Gehältern und überhöhte Kalkulation bestimmter Serviceleistungen bzw. Güter in den eingereichten Budgets. Wie N2 verweist er/sie zudem darauf, dass die Angabe überhöhter Gehälter eher ein Phänomen der Anfangszeit der NGOs gewesen sei. Inzwischen seien die Gehälter niedriger bzw. die Lebenshaltungskosten so hoch, dass Einsparungen dieser Art schwierig seien. (N3)

N3 erklärte die Praxis, durch die Angabe überhöhter Ausgaben Gelder zurückzuhalten vor allem damit, dass es insbesondere für lokale NGOs schwierig sei, Zeiten zu überbrücken, in denen diese nicht über Projekte und somit auch nicht über Gelder verfügen. Durch die Bildung von Rücklagen sei es möglich, auch in solchen Zeiten weiter zu arbeiten und Mitarbeiter:innen zu bezahlen. Es gehe somit weniger um Bereicherung einzelner als darum, die NGO am Laufen zu halten.

Auch N2 adressiert die hier angesprochene Problematik, dass Organisationen keine Rücklagen bilden können, und schlug vor, diese durch Gewährung einer Verwaltungskostenpauschale zu beheben:

»Es muss mindesten 15% Verwaltungskosten für die Projekte geben. Viele Organisationen können nichts mehr machen, wenn es keine Projektgelder gibt. Sie machen nichts mehr, da sie keine Rücklagen haben.«

Als Bereich, in denen Korruption besonders verbreitet sei, wurden die Baubranche sowie der humanitäre Bereich genannt – in letzterem Bereich seien die umgesetzten Summen viel höher als etwa im Bereich Jugendarbeit, daher seien sie anfälliger für Korruption. (N2)

Als weitere Form der Korruption wurde die Einbehaltung von Geldern durch Mitarbeiter:innen internationaler NGOs genannt:

»Es gibt syrische Mitarbeiter von Internationalen NGOs. So gehen diese Mitarbeiter zu den NGOs und versprechen, für sie Projekte zu organisieren und sie verlangen dafür 15% vom Gesamtbudget für sich.« (N2)

Auf die Frage, wie Korruption bekämpft werden könne, antwortete M1:

»Ich habe keine Idee, wie Korruption bekämpft werden könnte. Wenn man Korruption bekämpfen will, muss man alle Förderprogramme sofort stoppen«

Auf Nachfrage hielt er/sie externe Audits für grundsätzlich sinnvoll. Kritisch sah er/sie die verpflichtende Veröffentlichung der eigenen Finanzen durch die jeweiligen NGOs, dies habe keine Tradition in der Region.

In unserer quantitativen Befragung hatten 27 Personen angeben, ihre Finanzen öffentlich zu machen, 28 verneinten dies und 42 NGOs beantworteten die Frage nicht. Diejenigen, die ihre Finanzen öffentlich machten, schickten Jahresberichte an Interessengruppen und/oder Spender:innen, an ihre Geldgeber:innen oder lokale Behörden. Andere teilten die Finanzberichte nur intern im Vorstand.

Als häufigste Gründe, aus denen Finanzen nicht öffentlich gemacht wurden, wurden Sicherheitsbedenken, Instabilität und das Fehlen einer legitimen Autorität in der Region genannt. Einige Organisationen geben an, dass die Offenlegung der Finanzen eine interne Angelegenheit der Organisation ist, während andere dies aufgrund von Datenschutzrichtlinien oder spezifischen Richtlinien für Spender:innen ablehnten.

Interessant ist in diesem Kontext die Haltung der Selbstverwaltung zu Korruption. V 1 stellte nicht in Frage, dass es Korruption gibt – relativierte diese Feststellung allerdings so gleich, indem er/sie zum einen darauf hinwies, dass es überall Korruption gebe und dass zum zweiten die Bevölkerung bedürftig sei:

»Auf der ganzen Welt und bei allen Regierungen gibt es Korruption. Kannst du sagen, dass es in Deutschland keine Korruption gibt? Hier gibt es fast bei den meisten Organisationen Korruption. Z.B. ist jemand in Europa und er besorgt Gelder für ein Projekt. Er sagt, ich habe ein Projekt für ca. 50.000 Dollar und gibt es einem lokalen Partner. Er kassiert dafür z.B. 7 %. Zweitens: Korruption gibt es hier bei den Gehältern. Sehr oft bekommt ein Verwandter den Job und sehr oft passiert es, dass der Angestellte weniger Gehalt bekommt, als es im Vertrag steht. Im Vertrag steht z.B. 1.000 Dollar, aber er bekommt 300 Dollar. Die Leute machen das, weil sie das Geld dringend brauchen. Gefakte Quittungen. Überall gibt es Korruption. Bei klein und groß.« (V1)

Die Verwaltung ihrerseits unternimmt keinerlei Maßnahmen, um Korruption zu bekämpfen. Begründet wird dies damit, dass sie nicht über Informationen verfügen, wie viel Geld die einzelnen NGOs tatsächlich bekommen:

»Wir haben keine Beweise. Wenn wir es beweisen könnten, würden wir sie sofort zur Rechenschaft ziehen und ihnen die Registrierung entziehen. Sie bekommen Spenden, von Stiftungen oder von Außenministerien. Sie sagen uns z.B. sie haben 50.000 Dollar bekommen. Wir können nicht überprüfen, ob das stimmt. Deshalb kontrollieren wir das nicht. Und ich finde, das ist ein Fehler. Wir haben ein Formular und da müssen sie uns ihr Projekt beschreiben und auch sagen wieviel Geld sie für das Projekt zu Verfügung haben. Wer ist der Geldgeber, hast du Partner vor Ort und die Kontaktdaten. Wie gesagt, wir können nicht überprüfen, ob die Angaben zum Geld stimmen. Es ist nicht wie in Europa. In Europa bekommen die Organisationen das Geld. Hier bekommen Personen das Geld. Das Geld kommt entweder bar über Kurdistan oder über die Geldtransferbüros.«

Es ist einerseits richtig, dass eine effiziente Kontrolle von Geldern ohne ein funktionierendes Bankensystem schwierig ist. Insbesondere ist nicht nachvollziehbar, welche Gelder illegal und in bar über die Grenzen gebracht werden. Andererseits verlangt die Verwaltung von den Büros, die den Geldtransfer organisieren, detaillierte Angaben dazu, wer welche Summen an wen

versendet. Dass die Verwaltung, die ansonsten eine enge Kontrolle sämtlicher Aktivitäten der NGOs durchführt, keinerlei Ambitionen zeigt, die Einnahmen der NGOs nachzuvollziehen, ist zumindest untypisch. Vermutlich ist die Bereitschaft, hier effiziente Kontrollen durchzuführen, tatsächlich gering – es geht nicht um Gelder der Verwaltung, sondern um internationale Gelder. Die Verwaltung hat zudem kein Interesse daran, dass NGOs ihre Arbeit wegen Veruntreuung einstellen müssen, da sie selbst von deren Arbeit profitieren. Zum einen, weil sie Steuern auf die Gehälter der Mitarbeiter:innen der NGOs erheben – V1 zufolge eine Bürgersteuer von 5 Prozent. Zum anderen aber auch, weil die NGOs Dienstleistungen für die Region erbringen, die sonst die Verwaltung erbringen und für die sie eigene Gelder aufwenden müsste.

Ein Beispiel, wie die Verwaltung von der Anwesenheit von NGOs profitiert, ist die Einrichtung einer Arbeitsvermittlungsbehörde durch den Zivilrat in Ar-Raqqa. Alle NGOs sind verpflichtet, 30 Prozent ihrer Mitarbeiter:innen aus einem Pool einzustellen, den der Zivilrat unterhält. Die NGOs bekommen vom Zivilrat die Lebensläufe von Personen zugesandt, die geeignet sein könnten für von ihnen ausgeschriebene Stellen. Finden sie keine geeignete Person, erhalten sie weitere Lebensläufe. Am Ende müssen sie 30 Prozent ihrer Stellen mit Personen aus dem Pool des Zivilrats besetzen. Der Vorteil für den Zivilrat besteht darin, dass er gegenüber der Bevölkerung argumentieren kann, eine Dienstleistung für die Allgemeinheit erbracht zu haben. (N3)

### **Sicherheit und Infrastruktur**

Schließlich waren Infrastruktur und Sicherheit Probleme, die von den NGOs in unserer Umfrage genannt wurden. Beide Bereiche spielten in den Darstellungen unserer Interviewpartner:innen eine geringere Rolle – was damit zusammenhängen kann, dass ihre NGOs ihren Hauptsitz in der Dschazira haben. Hier sind sowohl die Infrastruktur als auch die Sicherheitslage besser als in Ar-Raqqa oder Deir ez-Zor. Lediglich N2, der/die viel in Kobanî aktiv ist, nannte »Sicherheit« und »türkische Drohungen« als Problem.

### **Erste Schlussfolgerungen**

Eine erste Auswertung der quantitativen Studie und der qualitativen Interviews zeigt, dass die Bedingungen für NGOs im Nordosten Syriens durch die Kontroll- und Zensurmaßnahmen der Selbstverwaltung erheblich eingeschränkt werden. Projekte sind nur umsetzbar, sofern kritische Themen ausgespart werden – insbesondere betrifft dies Kritik an der Verwaltung, eine Gleichsetzung von Verwaltung und PYD sowie eine Auseinandersetzung mit der Ideologie der PKK und insbesondere der Person Abdullah Öcalan. Eine freie Presse, die gesellschaftsrelevante Themen unabhängig behandeln könnte, gibt es nicht. Dieser Mangel an Gestaltungsspielraum wird in den Expert:inneninterviews einerseits klar benannt – gleichzeitig scheinen sich insbesondere die größeren und erfolgreicherer NGOs/Medien mit dem status quo abgefunden zu haben und die Einschränkungen zu respektieren.

Vor diesem Hintergrund überrascht nicht, dass es in der selbstverwalteten Region keine registrierten Organisationen oder große Medienanstalten gibt, die sich mit quasi-staatlichen Menschenrechtsverletzungen in dieser Region auseinandersetzen. Insgesamt geben nur vier NGOs in unserer Umfrage an, sich mit »human rights« bzw. »advocacy and human rights« im Speziellen auseinander zu setzen – wobei einschränkend darauf hinzuweisen ist, dass diese Kategorie nicht in unserem Fragebogen vorgegeben war. Einzelne NGOs in der Region veröffentlichen Berichte zu Menschenrechtsverletzungen in der von der Türkei kontrollierten Region Afrin – nicht aber zu Vorfällen in der Dschazira oder Kobanî, Ar-Raqqa oder Deir ez-Zor. Stichproben bei einer lokalen NGO mit guten Beziehungen zur Verwaltung zwischen dem 24.

Juli und dem 23. August diesen Jahres etwa zeigen, dass es in der genannten Zeit insgesamt 11 Posts zu Menschenrechtsverletzungen in Afrin gab, aber nicht einen einzigen zu Menschenrechtsverletzungen durch die PYD – oder Berichte zu den Vorfällen in Deir ez-Zor, wo es zu Zusammenstößen zwischen arabischen und kurdischen Einheiten innerhalb der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) gekommen war.<sup>2</sup> Bestimmte Ereignisse zu ignorieren ist der Preis dafür, in der Region unter Verwaltung der PYD arbeiten zu können.

Es bedarf unsererseits noch einer zusätzlichen Recherche, inwiefern eine kritische Berichterstattung zu dieser Region und den Menschenrechtsverletzungen der PYD ggf. von nicht registrierten Organisationen vor Ort geleistet wird. Dies ist insofern nicht unwahrscheinlich, als eine kritische Haltung gegenüber der PYD und ihrer Verwaltung der Hauptgrund zivilgesellschaftlicher Organisationen ist, sich nicht registrieren zu lassen. Unabhängig davon ist hier eine Lücke auszumachen, die für Geldgeber:innen interessant sein könnte: Die Finanzierung eines oder mehrerer Projekte, das mit Mitarbeiter:innen vor Ort, aber ohne örtliche Registrierung oder Räumlichkeiten, Menschenrechtsverletzungen in der Selbstverwaltungsregion und durch die Behörden und Mitarbeiter:innen derselben recherchiert und veröffentlicht.

Darüber hinaus müssen Geldgeber:innen sich darüber Gedanken machen, wie sie gezielt gegen Korruption vorgehen können. Hier scheinen uns zum einen externe Audits sinnvoll. Prüft der Geldgeber selbst die Projekte, besteht das Problem, dass es schwierig ist, eine Organisation auf Augenhöhe zu beraten und gleichzeitig zu kontrollieren. Zum zweiten haben auch die Geldgeber:innen ein Interesse daran, dass Projekte als Erfolg wahrgenommen werden, da sie ansonsten Gefahr laufen, ihrerseits Mittel zu verlieren. Strengere Abrechnungsrichtlinien bedeuten dabei für NGOs einerseits mehr Arbeit – andererseits kann mit ihnen auch ein Professionalisierungsschub verbunden sein. So erklärte M1:

»[...] ist streng, es macht keinen Spaß, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Aber wir werden professioneller.«

Zum zweiten sollten Geldgeber:innen aus unserer Sicht darauf bestehen, dass NGOs ihre Finanzen öffentlich machen. Dabei geht es nicht um Details, sondern um einen Überblick, welche Gelder eingegangen sind und wofür die ausgegeben wurden. Eine ausschließlich interne Offenlegung der Finanzen ist nicht ausreichend, zumal die Entscheidungsträger:innen in vielen Organisationen auf zwei bis drei Personen beschränkt sind, die oftmals in verwandtschaftlichen Beziehungen zueinander stehen. Innerhalb der syrischen Community genießen NGOs auch wegen der beschriebenen Intransparenz einen schlechten Ruf.


Drittens sollten es zur Regel werden, dass sowohl auf Personal- und Dienstleistungsverträgen als auch auf Quittungen zur Anschaffung von Sachgütern Kontaktdaten wie Telefonnummern angegeben sind, so dass die externe Prüfer:innen Ausgaben verifizieren können.

Darüber hinaus bedarf es aus unserer Sicht auch einer Veränderung der Projektfinanzierung. Projekte sollten, wie von einer Interviewpartner:in (N3) vorgeschlagen, eher über längere als über kürzere Zeiträume finanziert werden, damit sie sich etablieren können. Sinnvoll wäre hier auch die Finanzierung eines »Extramonats« nach Auslaufen der Projektaktivitäten zur Abrechnung des Projekts. Zudem sollten Verwaltungskostenpauschalen von mindestens 10 Prozent den NGOs die Möglichkeit geben, unerwartete Extraausgaben finanziert zu können. In Kombination mit professionellen Audits könnten längere Projektlaufzeiten und großzügige Verwaltungsausgaben die Motivation zur Unterschlagung von Geldern deutlich minimieren.

Schließlich sollten internationale NGOs lokale Mitarbeiter:innen nicht besser bezahlen als dies lokalen NGOs möglich ist, um nicht in Konkurrenz um das beste Personal zu treten.

2 K24, 26.07.2023, »Tensions erupt in Deir ez-Zor between SDF and military council«, einzusehen unter <https://www.kurdistan24.net/en/story/32051-Tensions-erupt-in-Deir-ez-Zor-between-SDF-and-military-council>.





Europäisches Zentrum für Kurdische Studien (EZKS)  
Emser Straße 26  
12051 Berlin  
Germany  
mail@kurdologie.de

Design und Layout: Radwan Awad

© September 2023, Berlin